Projekt ambulante Hilfen und Krisenintervention

Das Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz (KJSG) ist seit 2021 verabschiedet worden. Kernziele des Gesetzes sind:

- Hilfen aus einer Hand für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung
- Besserer Kinder- und Jugendschutz
- Stärkung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien und Einrichtungen der Erziehungshilfe
- Mehr Prävention vor Ort
- Mehr Beteiligung von jungen Menschen, Eltern und Familien

Insbesondere der „bessere Kinderschutz“ als das wesentliche Kernziel ist eine besondere Herausforderung für die Abteilung 513 im Jugendamt. Gleichwohl hat wohl niemand, weder der Gesetzgeber noch die handelnden Akteure in Stadt, Land und Kommune, damit gerechnet, dass die Umsetzung des Gesetzes von massivem Fachkräftemangel und Angebotsrückgang gekennzeichnet sein wird, wie es die Ist Situation aufzeigt.

1. Ausgangssituation im Landkreis Wolfenbüttel

Die Leistungen für Hilfen zur Erziehung sind in den letzten Jahren bei gleichzeitig stagnierendem Personal bei den freien Trägern der Jugendhilfe angewachsen.

Insbesondere im vorletzten und letzten Jahr spitzte sich die Situation zur Personalentwicklung der freien Träger weiter zu. In den stationären Angeboten stehen dem Jugendamt immer wenig Plätze zur Verfügung, die einzelnen Plätze werden teurer (Angebot und Nachfrage sowie Tarifvereinbarungen) und es haben schon Einrichtungen Teilbereiche ihrer stationären Angebote geschlossen.

Ausgangslage

Verstärkt wird diese Situation durch den weiteren Fachkräftemangel, besonders in der ländlichen Region, und durch die verstärkten Flüchtlingszugänge unbegleiteter Minderjähriger Asylsuchende (UMA). Allein in diesem Jahr hat sich die Zahl der UMA von 22 im Januar auf 45 im August erhöht, Tendenz weiter steigend, da die Quoten ständig angepasst werden.

Jugendhilfeentwicklung

Diese Situation ist bezüglich der Entwicklung der Zugänge problematischer als in 2015 und eine kaum noch zu händelnde Gesamtsituation, da das Land die Herausforderungen an die Kommunen delegiert.

Die Personalentwicklung, die Zunahme an Bedarfen stationärer Plätze und der Abbau von bestehenden Plätzen, haben eine kaum noch zu steuernde Gesamtsituation als Ausgangslage 2023 herbeigeführt.

Im ambulanten Bereich der HzE zeichnet sich seit Mitte letzten Jahres eine ganz ähnliche Situation ab. Die Hauptarbeitszeiten dieser Angebote liegen in den Nachmittags- und frühen Abendstunden und werden in der Regel allein durchgeführt (Einzelkämpfer).

Problemverschärfung

Immer weniger sozialpädagogische Fachkräfte wollen sich dieser Herausforderung stellen. Die Gesamtbewerberzahl an den Hochschulen nimmt seit 2022 dramatisch ab. Erstmals in diesem Jahr wollen weniger als 100 Studierende im Erstsemester Soziale Arbeit studieren, was die

Gesamtsituation in den kommenden Jahren weiter extrem verschärfen wird.

2. Problemstellung

Neben der in der Ausgangslage dargestellten Situation kommt der Situation in den ambulanten Angeboten, insbesondere in den Angeboten zur „Krisenintervention“, eine besondere Rolle zu.

*gesetzlicher Auftrag
KJSG*

Der Gesetzgeber verpflichtet die Jugendämter im Rahmen des Kinderschutzes, Kinder ggf. auch aus den Familien heraus in Obhut zu nehmen, wenn gewichtige Anhaltspunkte vorliegen (§ 42 SGB VIII).

Seit 2015 hat der Landkreis ein „Kriseninterventionskonzept“ mit den freien Trägern erarbeitet, welches die Möglichkeit eröffnet, die Kinder, in deren Familien der Tatbestand der Inobhutnahme gegeben ist, mit intensiver ambulanter Unterstützung für drei Monate, mindestens 60 Fachleistungsstunden, in der Familie zu belassen, um die Krise dort zu lösen, wo sie entstanden ist, nämlich in der Familie.

*Herausforderungen
und
Konzeptentwicklung*

Wenn Gewalt gegen das Kind bei der Kindeswohlgefährdung eine Rolle spielt, wird das Kind jedoch in jedem Fall zur weiteren Klärung stationär in Obhut genommen.

Diese Form der Hilfe hat in den zurückliegenden Jahren dazu geführt, dass sehr viele Kinder in den Familien verbleiben konnten. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass die Krisenintervention wesentlich weniger finanzielle Ressourcen der Jugendhilfe verbraucht.

Krisenintervention: 1500.00 € pro Monat

Stationäre Inobhutnahme: 8000.00 € pro Monat

Kostenvergleich

Seit Mitte 2022 signalisieren die ambulanten Träger der Jugendhilfe zunehmend Personalprobleme und Mitarbeiter-rückgänge in ihren quantitativen Bestandszahlen. Das führt dazu, dass in den „normalen“ ambulanten Leistungen, wie Familienhilfe, Erziehungsbeistandschaft, Clearing, Autismus-therapie, Schulbegleitung, teilweise 6 bis 12 Monate Wartezeit besteht.

Das ist natürlich für eine Krisenintervention kein zeitlicher Rahmen, in dem das Konzept gefahren werden kann. Die Folge ist, dass das Angebot der Krisenintervention nicht zeitnah zur Verfügung steht und bei akutem Bedarf eine Inobhutnahme ausgelöst wird. Darüber hinaus sind die „neuen“ Mitarbeiter*innen in der Jugendhilfe sehr jung und noch unerfahren. Diese Mitarbeitenden können „noch“ nicht im Segment Krisenintervention eingesetzt werden, was die Gesamtsituation zunehmend verschärft.

*inhaltliche und fiskale
Auswirkungen*

Im Jahr 2022 hat das Jugendamt 47 Kriseninterventionen bei freien Trägern eingekauft. In 2023 sind es bis August 35. Zum Jahresende werden es wohl ca. 50 sein. Die Tendenz der Interventionen nimmt trotz knapper werdender Ressourcen weiter zu.

Im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips wurden in der Vergangenheit bis zu 90 % der Leistungen eingekauft.

Der Wandel in der Personalbewirtschaftung in den letzten 2 bis 3 Jahren hat gezeigt, dass fast alle freien Träger in zunehmendem Maße nicht mehr in der Lage sind, die Bedarf und Anfragen zeitnah und vollständig zu decken. Das gilt im Übrigen für alle Bereiche der Jugendhilfe.

Aus diesem Grund soll dieses Papier dazu dienen darüber nachzudenken, wieder eigenes Personal einzustellen, um den Bedarf zu sichern.

3. (Teil-) Lösung des Problems

Grundsatzziel:

Die Bedarfe zur ambulanten „Krisenintervention“ werden verstärkt, auch durch 3 zusätzliche eigene Fachkräfte gedeckt.

grundsätzliche Ziele

Handlungsziel 1:

Reduzierung der Kosten potentieller Inobhutnahmen durch Übernahme der Aufgaben durch eigene Fachkräfte

Kostenreduktion

- Reduzierung der zu erwartenden Kosten und Aufwendungen im Bereich notwendiger Inobhutnahmen von bis zu 20 % (weil kein Träger gefunden wird)
- Engerer Austausch zwischen ASD und SPFH möglich
- Engerer Austausch mit den Inobhutnahmestellen und damit schnellere Rückföhroptionen

Handlungsziel 2:

Das Konzept Ambulant vor Stationär wird aufrechterhalten

Fachlicher Standard wird optimiert

- Regelmäßiger fachlicher Austausch im Team (ASD und SPFH)
- Zugang zu allen landkreiseigenen Ämtern ist verbessert (Gesundheitsamt, Sozialamt, Schulamt) und damit leistungsfähiger
- Gemeinsame Eingangsdiagnostik ASD und SPFH erarbeiten

Handlungsziel 3:

Die erforderliche Vernetzung auf allen Ebenen wird fachlich, strukturell und organisatorisch verbessert

- Eigene Kräfte kennen sich besser im Sozialraum aus
- Angebote und Bedarfe der Familien können besser abgestimmt werden

4. Personelle Ressourcen

Die Umsetzung des Vorhabens bedeutet zunächst den Einsatz von 3 zusätzlichen Fachkräften mit 2,25 Vollzeitäquivalenten (150.000 € p. A). Ferner werden ein Büro und eine entsprechende Raumausstattung benötigt. Die Fachkräfte würden in der Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) organisatorisch und dienst- und fachaufsichtlich angesiedelt.

Herausforderung

Umsteuerung der Hilfen

Die potentiellen Mitarbeitenden werden jeweils 2 Krisen-interventionen bearbeiten. Daraus entsteht ein Potential aus nicht vollzogenen Inobhutnahmen von ca. 6 Fällen oder nicht abgezogenen Ressourcen von 42.000 € pro Monat aus dem Budget für Inobhutnahmen gem. § 42 SGB VIII. Ferner werden die MitarbeiterInnen in dem Gesamtstundenkontingent 10 SPFH bearbeiten, was insgesamt 135.000 € Sachmittel einspart.

Fallzahlen

Personalbedarf

Natürlich wird mit diesem Vorschlag auch die Frage aufgeworfen, warum sich potentielle Fachkräfte beim Landkreis Wolfenbüttel und nicht beim freien Träger bewerben sollten.

Es ist nicht abzusehen, ob das Vorhaben tatsächlich gelingt, aber nachfolgende Gründe sprechen dafür.

Interne / externe Ausschreibung

- Bezahlung nach S12 TVÖD
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Besseres Konzept zum Thema mobiles Arbeiten
- Mehr Synergien durch die Einbindung in das Team der SPFH und des ASD
- Bessere Abstimmung durch sehr kurze Wege innerhalb der Abteilung 513

5. Wirtschaftliche Ressourcen in Bezug auf die Ausgangslage

Die Umsetzung des Vorhabens bedeutet zunächst den Einsatz von 3 zusätzlichen Fachkräften mit 2,25 Vollzeitäquivalenten (150.000 € p. a).

Szenario I

Es sind keine Kriseninterventionsplätze einkaufbar, weil freie Träger kein entsprechendes Angebot mehr vorhalten können:

Sachmittel	Art	Personal	Art	Ausgaben	Einsparungen
10.000 € p. a	Büro, EDV etc.	150.000 € p. a	2.25 Stellen	160.000 € p. a.	
6 x 8000 €	Inobhutnahme				576.000 € p. a
10 x 13.500 €	10 Familienhilfen	---	---	---	135.000 € p. a
Gesamt:					551.000 € p. a

Es werden Sachmittel in Höhe von 551.000 € p. A. eingespart.

Szenario II

Es sind Kriseninterventionsplätze einkaufbar, weil das Jugendamt selbst Kapazitäten hat werden die Sachmittel eingespart:

Sachmittel	Art	Personal	Art	Ausgaben	Einsparungen
10.000 € p. a	Büro, EDV etc.	150.000 € p. a	2.25 Stellen	160.000 € p. a.	
6 x 16.800 €	Krisenintervention				100.800 € p. a
10 x 13.500 €	10 Familienhilfen	---	---	---	135.000 € p. a
Gesamt:					235.800 € p. a

Es werden Sachmittel in Höhe von 75.800 € p. a. eingespart.

6. Evaluation

Das Projekt wird zunächst auf drei Jahre angelegt und jeweils unterjährig evaluiert und ausgewertet. Die Verwaltung erstellt einen entsprechenden Evaluationsbericht, der in Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfeausschuss ausgewertet wird.

Gez. Retzki